

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ercheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrucker-Einrichtungen, hat der Bezueher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,00 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Dörfern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenmendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. V. F. F. Erben (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 22

Montag, den 27. Januar 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 96 des Handelsregisters, die Firma Friedrich Joseph Kammer in Dhorn betreffend, ist heute eingetragen worden:

Der Gesellschafter Otto Franz Kammer ist ausgeschieden.

Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Der Kaufmann Alwin Florenz Kammer in Dhorn führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein weiter.

Amtsgericht Pulsnitz, den 21. Januar 1930.

**Ankündigungen aller Art**  
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Die Tschechoslowakei beabsichtigt die Enteignung des Waldbesitzes der Fürsten Lichtenstein-Metternich und Wittenstein.

In Gung für Montreux errang die Mannschaft Stallen I die Bobweitschaft.

In Mailand hat es Sonnabend früh zum ersten Mal in diesem Winter geschneit. Der Schnee hielt den Tag über an. Die Stadt war am Abend von einer weißen Schneedecke eingehüllt.

Die französische Presse glaubt, daß es in der Montagvollziehung der Londoner Flottenkonferenz große Ueberraschungen und ein erstes offenes Auseinanderprallen der verschiedenen Anschauungen geben werde.

## Berichte und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Volkshilfsverein.) Heute Adolf Graje-Dresden: Die Kunst des Holzschnitts (mit Lichtbildern und einer Ausstellung wertvoller Holzschnitte).

**Pulsnitz.** (Die Wochenend-Tagungen) der Reichszentrale für Heimatdienst — Landesabteilung Sachsen — sind in jedem Winter der letzten Jahre auch in Pulsnitz zu einer ständig wiederkehrenden Aufklärungsrichtung geworden. Die Reichszentrale für Heimatdienst ist bekanntlich als amtliche Aufklärungsstelle für das Reich der Reichszentrale unterstellt und verpflichtet, sachlich und unvoreingenommen alle die Allgemeinheit besonders stark interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen usw. zu erörtern. Demzufolge sollen sich die gebotenen Vorträge frei von jeder parteipolitischen Einstellung halten. Für das Gebiet des Freistaates Sachsen ist die zuständige Landesabteilung zuständig. Im letzten Winter erzielten die gebotenen Vorträge besonders starken Beifall. Diesmal werden am

Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr, und Sonntag, den 9. Februar, vormittags 11 Uhr, folgende Vorträge gehalten: **Gewerkschaftssekretär Müller-Chemnitz:** „Das Verhältnis vom Young- zum Dawes-Plan“; **Dr. Wisklat Leipzig:** „Frankreich und seine weltpolitische Bedeutung“. Die Vorträge finden in der Handelsschule statt. Eintrittskarten sind beim Stadtrat zu haben.

**Pulsnitz.** (Aufgefunden.) Am 26. 1. 30 8.30 vormittags wurde an der Straße Pulsnitz-Lichtenberg ein in Pulsnitz wohnhafter, stellenloser Schweizer in hilflosem, halberfrorenen Zustande aufgefunden. Durch sofortige Benachrichtigung an Dr. med. Schöne war dieser mit seinem Kraftwagen innerhalb 8—10 Minuten zur Stelle, und übernahm dieser auch die Ueberführung nach dem hiesigen Krankenhaus.

**Obersteina.** (Stiftungsfest.) Am letzten Sonnabend beging der Arbeiter-Unterstützungs-Verein im Gasthof zu den Linden, ausnahmsweise in engerem Rahmen, sein 55. Stiftungsfest. Eine Bandonion-Kapelle leitete den Abend mit einem gut gespielten Marsch ein, worauf der Ball seinen Anfang nahm und sich bald ein reges Leben entwickelte. Gegen 9 Uhr ergriff der Vorsitzende, Herr Gustav Laub, das Wort, begrüßte die Vereinsbrüder mit ihren werten Damen, streifte das Vereinsleben und gedachte am Schluß in pietätvoller Art der im letzten Jahre Verstorbenen, nannte noch einmal deren Namen und bat um Erheben von den Plätzen. Darauf ehrte der Vorsitzende den Vereinsbruder Ferdinand Ziegenbalg, welcher 50 Jahre dem Verein angehört; seine Treue wurde mit einem Geschenk belohnt. Der Jubilar war sichtlich gerührt und nahm das Geschenk nebst den frommen Wünschen bestens dankend entgegen. Als dann ging der Tanz weiter und soll ein spätes Ende erreicht haben.

**Ramenz.** (Ueberfall.) Freitag abend kurz vor 8 Uhr wurde auf dem Wege vom Hagerschen Steinbruch nach der Kaserne, unmittelbar am Eingange zu den dort befindlichen Schrebergärten ein junges Mädchen von einem Unbekannten überfallen. Auf die Hilferufe der Angefallenen,

## Neue Anleihe des Reiches

Keine politischen Bindungen der Vereinigten Staaten in London — Erster Zwischenfall in Bombay Unabhängigkeitstag in Indien

Der Beginn der finanzpolitischen Verhandlungen des Reichstages trägt dazu bei, daß von Tag zu Tag sich mehr die Tatsache entpuppt, daß die Reichsfinanzen durch die Annahme des Young-Planes nicht saniert werden können.

Der jetzt dem Reichsrat zugegangene Nachtragset für 1929 errechnet zwar eine theoretische Erleichterung des Reichshaushalts durch den Young-Plan von 614 Millionen Mark im laufenden Rechnungsjahre. Die ganzen Ersparnisse durch den Young-Plan werden aber durch den Fehlbetrag wieder aufgezehrt. Infolgedessen hat der Reichsfinanzminister dem Reichstage mitteilen müssen, daß er nicht einmal das Gesetz vom 24. Dezember durchführen könne, durch das ein Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld geschaffen werden sollte.

Der Reichsfinanzminister bedarf vielmehr einer neuen Anleiheermächtigung um weitere 278 Millionen Mark, und zwar, weil allein 222,5 Millionen Mark an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegeben werden müssen.

Die größten nachträglichen Ausgaben sind beim Reichsarbeitsministerium entstanden, wo die Krisenfürsorge 30 Millionen Mark neu erfordert und die Knappheitsversicherung 75 Millionen braucht. Außerdem fordert die Invalidenversicherung 50 Millionen. Der Etat für die Ruhegehälter erfordert für frühere Angehörige der Wehrmacht ein Mehr von 37,7 Millionen, weil man in dem Etat für 1929-30 die Zahl der Kriegesbeschädigten zu gering angesetzt hatte.

Allein an Zinsen für die kurzfristigen Kredite werden 28,77 Millionen gefordert.

Die Besitz- und Verkehrssteuern haben 254 Millionen weniger gebracht, als man erwartet hatte, die zwar durch eine Mehreinnahme von 121 Millionen an anderen Steuern auf ein tatsächliches Minus von 133 Millionen vermindert werden.

## Einigung über das Zündholzmonopol.

Die Regierungsparteien einigten sich in einer interfraktionellen Besprechung über das Zündwarenmonopolgesetz. Das monopolfreie Kontingent der Großverkaufsgesellschaften soll in der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Höhe 23 000 Normalkisten für die Hamburger, 3700 Normalkisten für die Kölner Organisationsstelle bestehen bleiben. Nur bei den Steigerungsstufen sind geringe Verminderungen vorgesehen. Die bürgerlichen Parteien haben also den Wünschen der Sozialdemokraten in den wichtigsten Punkten nachgegeben.

Die Kleinverkaufshöchstpreise sollen zu Festpreisen gemacht und Abweichungen bestraft werden. An Stelle der in der Vorlage vorgesehenen Ermächtigung zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen wird folgende Maß-Bestimmung aufgenommen: „Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Ausstattung der Zündwaren; Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafen bedroht werden.“

## Zündholzmonopol im Ausschuss angenommen.

Nach weiterer Aussprache über das Zündwarenmonopolgesetz im Haushaltsausschuss des Reichstages wurden die §§ 1—5 gemäß den Änderungen der Kompromißanträge der Regierungsparteien angenommen. Beim § 6, der unter anderem die Bestimmung enthält, daß das Monopolgesetz von der Körperschaftsteuer befreit sei, erklärte Abg. Dr. Reichert (Dn.), daß die öffentliche Hand nicht steuerfrei behandelt werden dürfe. Im übrigen käme die Steuerfreiheit wohl auch dem Schwedentrust zugute. Dann wurden die §§ 6—11 erledigt. Zum § 12, der sich mit der Zusammenfassung des Ausschusses befaßt, erklärte der Finanzminister, daß er die Zustimmung der Reichskreditgesellschaft bestimme, daß

ein Vertreter des Einzelhandels in den Ausschuss kommen werde. Dann wurden die übrigen Paragraphen des Zündwaren-Monopolgesetzes angenommen. Damit war der Gesetzentwurf für den Ausschuss erledigt.

Bei der anschließenden Aussprache über die Kassenlage

richtete Abg. Dr. Reichert (Dn.) an den Finanzminister eine Reihe von Fragen. Seien bei den Ausführungen des Ministers die Young-Ersparnisse für 1929 und 1930 berücksichtigt worden? Seien die geplanten Steuerentlastungen bereits berücksichtigt?

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer erklärte, daß er auf diese Fragen ausführlich am Montag im Plenum des Reichstages eingehen werde. Der Ausschuss vertagte sich auf Mittwoch zur Besprechung des Ministerpensionsgesetzes.

## Steuerfreiheit für die Kreuergewinne

Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschloß, über die Kassenlage des Reiches erst nach der Beendigung der Beratung über das Zündwarenmonopolgesetz zu sprechen. Ein deutschnationaler Antrag, zunächst die Aussprache über die Kassenlage vorzunehmen, um so festzustellen, ob das Monopol überhaupt notwendig sei, wurde abgelehnt.

Dr. Reichert (Dn.) bemängelte das Vorgehen der Regierung. Sie hätte andere Wege gehen können, um die Gesundung der Industrie zu ermöglichen. Das Monopolgesetz bringe der Industrie keine Gesundung. Die Ausfuhr von Zündwaren werde unterbunden, da auf den Inlandspreis, der ohnehin über dem Weltmarktpreis liege, eine Exportabgabe von 10 Prozent gelegt werden solle. Die Steuerfreiheit für den Monopolgewinn der Schweden könne nicht gebilligt werden. Die Schweden würden auch über die Höhe der vereinbarten Anleihe hinaus eine Reihe von Vorteilen haben. Der Zeitpunkt für den Abschluß der Anleihe sei überaus ungünstig gewesen. Deutschland sei durch die Verpflichtungen aus dem Young-Plan und die verschiedenen früheren Anleihen überlastet.

Dann kam der Redner auf die Silberding-Anleihe zu sprechen. Man habe den Zeichnern Steuerfreiheit zugesichert. Sie sei jetzt in Frage gestellt, wenn die Vermögenssteuer nicht neu veranlagt werde. Die deutschnationalen seien Gegner jedes Reichsmonopols, das nicht in den allerdringlichsten Interessen der Allgemeinheit liege.

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer erklärte, das Monopol sei eingeführt worden, um die deutsche Zündwarenindustrie zu schützen. Die deutschen Gruppen würden in Eingaben und Telegrammen dringend gebeten, das Monopol zu sichern, selbst auf die Gefahr hin, daß die Anleihe nicht zustande käme.

## Entschliessungen des Reichsparteivorstandes des Zentrums.

Berlin. Der Reichsparteivorstand des Zentrums trat am Sonntag im Reichstag unter dem Vorsitz des Prälaten Kaas zu einer Sitzung zusammen, die den ganzen Tag über andauerte. In der Nachmittagsitzung erstattete Reichsminister Dr. Wirth einen eingehenden Bericht über die Haager Ergebnisse. Nach kurzer Aussprache, an der sich auch Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald und der Fraktionsvorsitzende Dr. Brüning beteiligten, wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei nahm den Bericht des Reichsministers Dr. Wirth über das Ergebnis der Haager Verhandlungen entgegen. Er sprach dem Herrn Minister Dr. Wirth und den anderen Ministern der Zentrumspartei den Dank der Partei aus für ihre unermühtlichen Versuche, eine den politischen Auffassungen der

